

Seine Amtszeit sei eine Zeit von „rapiden und schnelllebigen Veränderungen“ gewesen, erklärte der emeritierte Erzbischof. Die Möglichkeiten von Kirche seien aufgrund ihres schwindenden gesellschaftlichen Einflusses weniger geworden. Bei aller Notwendigkeit für neue Wege in der Seelsorge dürfe es nicht nur um Befriedigung einer Neugierde-Kultur gehe, sondern es müsse auch Substanz gewährleistet sein, mahnte er. So nimmt seiner Ansicht nach die Mitmenschlichkeit in der Gesellschaft ab. Auch lege die mediale Berichterstattung ihren Fokus zu stark auf das Negative, kritisierte er.

„Als Kirche müssen wir Glaubwürdigkeit in dem herstellen, was wir verkündigen“, betonte Becker. Es gelte, in der Seelsorge neue Wege zu suchen. „Aber wir müssen den Menschen auch Halt und Stabilität geben.“

In seinem Dienst als Paderborner Erzbischof habe er „hilfreiche Begleitung und wohlwollende Kritik erfahren“, sagte Becker. Ihm seien Offenheit, Unvoreingenommenheit und eine positive Wertschätzung in Gesprächen immer wichtig gewesen. Wer Entscheidungen treffe, manchmal unter Druck, mache auch Fehler - damit müsse er umgehen, räumte der frühere Paderborner Erzbischof ein. Erneute bekräftigte er seine Unterstützung, seine Amtszeit im Zuge der Missbrauchsstudie für das Erzbistum untersuchen zu lassen: „Ich schließe mich von der Aufarbeitung nicht aus. Ich nehme das sehr ernst und gehe dem mit Offenheit entgegen.“

Becker hatte im September 2003 die Nachfolge des 2002 gestorbenen Erzbischofs Kardinal Johannes Joachim Degenhardt (1926-2002) übernommen. Während seiner Amtszeit hatte er zudem ab 2006 den Vorsitz der Kommission für Erziehung und Schule der Deutschen Bischofskonferenz inne. Im Erzbistum Paderborn leben rund 1,4 Millionen Katholikinnen und Katholiken. Die Diözese erstreckt sich über Westfalen, Nordhessen und das südliche Niedersachsen.

Osteuropahistorikerin: Ukraine hat eine starke Zivilgesellschaft

Schwerte (epd). Die Osteuropahistorikerin Anna Veronika Wendland hat die Bedeutung der Zivilgesellschaft in der heutigen Ukraine hervorgehoben. Es gebe eine starke Zivilgesellschaft, die das Land nicht mafiösen Unternehmen und Oligarchen überlassen wolle, sagte die Technik- und Osteuropahistorikerin bei der Online-Veranstaltungsreihe „Villigst fragt nach -- Krieg gegen die Ukraine“ in Schwerte. Diese Erfahrung habe der frühere Präsident Wiktor Janukowytsch machen müssen, der 2010 ins Amt kam und den das Parlament wegen seiner Russlandnähe nach monatelangen Protesten des Euromaidan absetzte. Den Menschen in der Ukraine sei es bei ihrem Protest um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gegangen. Die große Mehrheit der Ukrainerinnen und Ukrainer sei nicht bereit, Russland das Land zu überlassen.

Kirchen

Gesellschaft

Für die sehr unterschiedliche Entwicklung der Ukraine und Russlands sieht die Osteuropahistorikerin vor allem kulturelle und gesellschaftspolitische Gründe. Beide Länder begründeten ihre Staatlichkeit auf dasselbe altostslawische Reich „Kiewer Rus“, und das mit Angriff der Mongolen im 13. Jahrhundert in regionale Fürstentümer zerfiel.

Zustimmungswerte für Idee einer EU-Armee gesunken

Köln (epd). Mehr als die Hälfte der Deutschen befürworten einer Umfrage zufolge eine gemeinsame Armee der EU-Staaten. So hielten 53 Prozent diese Idee für gut, ein Drittel (32 Prozent) lehne sie hingegen ab, ergibt eine am Montag veröffentlichte Umfrage des Westdeutschen Rundfunks (WDR) für den „ARD-Deutschlandtrend“. 15 Prozent trauten sich in dieser Frage derzeit kein Urteil zu. Der Zustimmungswert sei gesunken, hieß es. Vor der Europawahl im Mai 2019 hätten noch 62 Prozent die Idee einer gemeinsamen Armee der EU-Staaten befürwortet.

Der Umfrage zufolge ist auch die Akzeptanz für das gemeinsame Handeln der EU-Staaten gesunken. 38 Prozent seien aktuell der Ansicht, dass die europäischen Länder wieder stärker allein handeln und Zuständigkeiten von der EU zurückholen sollten. Im Juli 2020 seien es noch 22 Prozent gewesen. Nur noch rund ein Drittel (34 Prozent) wünscht sich laut Umfrageergebnissen, dass die europäischen Länder ihre Zusammenarbeit in den kommenden Jahren vertiefen und weitere Zuständigkeiten an die EU abgeben - 2020 waren es noch 54 Prozent. Jeder Fünfte (20 Prozent) würde an der Zusammenarbeit der EU-Länder aktuell hingegen nichts Wesentliches ändern. Für die repräsentative Umfrage befragte das Berliner Institut Infratest dimap am 30. und 31. Mai 1.302 Wahlberechtigte.

Umfrage: Jeder zweite Bundesbürger für EU-Beitritt der Ukraine

Köln (epd). Einen langfristigen EU-Beitritt der Ukraine befürworten nach einer Umfrage 52 Prozent der Bundesbürger. Das ist ein leichter Rückgang um sechs Prozentpunkte im Vergleich zu Februar, wie aus der am Montag veröffentlichten WDR-Umfrage des ARD-Deutschlandtrend hervorgeht. 37 Prozent der Deutschen teilen demnach die Aussage zu einem langfristigen EU-Beitritt der Ukraine derzeit nicht. Mehrheitlich kritisch gesehen wird die Rolle, die Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) für den Zusammenhalt in der EU spielt (60 Prozent). Nur knapp jeder vierte Deutsche (23 Prozent) ist der Meinung, der Bundeskanzler bringe den Zusammenhalt in der EU voran.

Gesellschaft